

2. Resonanzen zum Artikel „Hintergründe zur Minarett-Initiative“ Stand: 05.01.2010

Aufgrund des Artikels «Resonanzen zum Artikel 'Hintergründe zur Minarett-Initiative'»¹ gab es wiederum Reaktionen von Lesern, die zu besprechen sind, erst recht, wenn sie von Politikern stammen, denn diese sind für die Misere, in der wir stecken verantwortlich. Wenn sie nur einen blassen Schimmer von Durchblick hätten, so hätten wir die Demokratie schon längst zurückgeholt.

Einige Beispiele

Blocher und die Bilderberger

Guido Luternauer, SVP-Grossrat, Schenkou/LU schrieb: *„Herr Brunner hat vermutlich in vielen Bereichen Recht, trotzdem aber zieht er verschiedene Male die falschen Schlüsse. So wenn er beispielsweise den abgewählten Bundesrat Blocher als Bilderberger betitelt ... und die Aussage, BR Blocher sei ein Bilderberger ist ein kompletter Unsinn.“*

Herr Blocher hat in einem Interview auf Teleblocher eingestanden, dass er im Mai 2009 bei den Bilderbergern teilgenommen habe. Und wer bei den Bilderbergern teilnimmt, wird automatisch als Bilderberger bezeichnet. Im Artikel² ist zur Aussage, Blocher sei ein Bilderberger, eine Fussnote mit einem Link auf die entsprechende Meldung³, in der zudem das Interview mit Blocher zu sehen ist. Wie gut doch unser Grossrat Luternauer lesen kann. So gründlich wird er es selbstverständlich auch im Parlament tun.

Blocher ist SVP-Vizepräsident und zugleich Parteistrategie. Gleichzeitig vertritt er die Absichten des Geldadels, ansonsten er nicht zu den Bilderbergern eingeladen worden wäre. Ein Bilderberger wird nicht an diese Tagungen gezwungen, diese Leute gehen freiwillig und mit Begeisterung. Als Parteistrategie gibt er der Partei vor, in welche Richtung die Politik gelenkt werden soll. Da er als Diener des Geldadels entlarvt worden ist, wird deutlich, dass er deren Politik vertritt und nicht diejenige der Parteibasis. Die SVP ist daher nichts anderes als ein politischer Arm des internationalen Netzwerks, genau gleich wie es die übrigen Parteien ebenfalls sind. Aus der Geschichte geht ja auch hervor, dass die Parteien vom Geldadel über die einschlägigen Organisationen ins Leben gerufen worden sind. Deshalb kontrollieren sie diese seit ihrer Entstehung, auch wenn die Zuschauer und die Parteibasis nichts davon wissen (wollen).

Blocher und die Eidgenössische Strafprozessordnung

Guido Luternauer, SVP-Grossrat, Schenkou/LU schrieb: *„Herr Brunner hat vermutlich in vielen Bereichen Recht, trotzdem aber zieht er verschiedene Male die falschen Schlüsse. So wenn er beispielsweise den abgewählten Bundesrat Blocher als Bilderberger betitelt und ihm quasi vorwirft, er habe mit der neuen StPo EU-Recht in der Schweiz eingeführt. Hierzu gibt es folgendes zu sagen: BR Blocher hat dieses Geschäft schon weit fortgeschritten von seiner Amtsvorgängerin Ruth Metzler übernommen, hat vieles stoppen müssen, so unter anderem die drohende Immunitätsklausel für das Staatspersonal. Gelöst hat er dies, indem die Kantone diesen Art.7 selber ausgestalten können. Nun liegt es an den Kantonen, dies richtig umzusetzen. Im Kanton Luzern beispielsweise kommt die neue StPo 2010 ins Parlament.“*

Bei diesen Äusserungen bemerkt man offensichtlich, dass Herrn Luternauer jegliche Kenntnisse über Rechtssetzung und vor allem Führung fehlen und er lediglich Phrasen nachplappert, die ihm von seinen Parteikollegen eingepflegt werden. Blocher hatte nachweislich Kenntnis von der Willkür rund um das Ermächtungsverfahren in Strafsachen, insbesondere im Kanton St. Gallen. Unabhängig, ob er das Dossier von seiner Vorgängerin übernommen hatte, wäre es seine Pflicht gewesen, dieser Willkür einen Riegel zu schieben, so wie er es im Vorfeld verlauten liess. Wenn Herr Luternauer einbringt, Blocher habe eine drohende Immunitätsklausel für das Staatspersonal stoppen müssen, so ist das lediglich eine Aussage, die nicht beweist, dass es so gewesen ist. Gehen wir jedoch davon aus, dass es so gewesen ist, so musste Blocher demzufolge die Gesetzgebung ändern. Dann stellt sich aber die Frage, weshalb er dem Ermächtungsver-

¹ http://www.brunner-architekt.ch/politik/daten/Abstimmungen/resonanzen_zur_minarett_initiative.pdf

² http://www.brunner-architekt.ch/politik/daten/Abstimmungen/minarett_initiative.pdf

³ <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2009/05/blocher-bestatigt-ich-war-bei.html>

fahren den Riegel nicht geschoben hat, denn wenn er die Gesetzgebung ändert, kann er sie auch so ändern, dass dieses Verfahren nicht mehr anwendbar ist. Doch genau das hat er nicht getan. Blocher hat es daher willentlich in Kauf genommen, dass die Willkür in der Staatsverwaltung weiter grassiert, erst recht, wenn man den entsprechenden Zeitungsartikel⁴ richtig liest. Darin heisst es u.a.: *„In der neuen, eidgenössischen Strafprozessordnung (CH-StPO) ist auch die Immunität geregelt, und wie bis anhin soll es den Kantonen freigestellt sein, ob sie für einen definierten, privilegierten Personenkreis Immunitäts-Regeln erlassen wollen. Mit einer wesentlichen Änderung: In Art. 7 CH-StPO fehlt neu die Einschränkung, dass nur die obersten Staatsdiener in den Genuss von Immunität kommen sollen. Angesprochen sind nun sämtliche Angestellte der öffentlichen Hand, also allenfalls auch Bademeister oder Buschauffeure.“* Ist das nicht Beweis genug, dass diese Unterlassung vorsätzlich ergangen ist?

Nun behauptet Luternauer, dass es an den Kantonen läge, dies richtig umzusetzen. Hier muss zuerst die Frage gestellt werden, was das Bundesparlament in dieser Angelegenheit getan hat, nachdem dieses ebenfalls Kenntnis hatte von der Willkür dieses Ermächtigungsverfahrens. Und nun sollen die Kantonalparlamente dies richtig umsetzen, nachdem es Bundesrat und Bundesparlament vorsätzlich unterlassen haben und die Kantonsregierungen wie aufgezeigt, die generelle Immunität für das Staatspersonal fordern. Wie soll das überhaupt möglich sein, wenn das Netzwerk alle Staatsorgane und das Rechtswesen kontrolliert und die Übrigen die elementarsten Führungsmassnahmen und die Rechtssetzung gar nicht verstehen und zudem auf jede plumpe Täuschung hereinfliegen?

Die Behauptung, Blocher hätte die drohende Immunitätsklausel für das Staatspersonal aufheben müssen, ist lediglich verbale Täuschung, die nicht das erste Mal exerziert wurde. Betrachten wir beispielsweise das Blochersche Verhalten bei der Abstimmung über das Maulkorb- bzw. das Denkverbotsgesetz, dem Antirassismugesetz⁵, so erkennen wir die Strategie. In der SVP hatte es seinerzeit erheblich gegen das Antirassismugesetz gebrodelt. Nach einem Treffen mit Sigi Feigel sicherte Blocher diesem zu, er werde es in der Volksabstimmung trotz Bedenken nicht bekämpfen, woran er sich auch hielt.⁶ In Sigi Feigel hatte Blocher seinen Meister gefunden.⁷ Gehörte Sigi Feigel nicht dem B'nai B'rith⁸ an? Das wissen wir nicht. Jedenfalls sieht es aufgrund seiner Gestik⁹ so aus, dass er dazu (einer freimaurerähnlichen Organisation) gehörte. Demzufolge sieht es tatsächlich so aus, dass Feigel Blochers Meister war. Dieses Treffen kann daher nur als eine „Befehlsausgabe“ von Feigel an Blocher interpretiert werden, an dem der spätere Bilderberger instruiert worden war, was zu tun ist. Blocher hat damit seine Wähler einmal mehr verraten.

Aufgrund dieser Kenntnis wirkt die Ankündigung von Bundesrat Blocher vom 4. Oktober 2006 aus der Türkei, das Antirassismugesetz zu überprüfen¹⁰ völlig unglaubwürdig, um das inszenierte Theater um seine Person und die Wiederwahl in den Bundesrat als Wahlkampfthema zu besetzen.

Dass Blocher nur eine Amtsperiode im Bundesrat sass, war lange voraus festgelegt worden, ansonsten die Strategie mit seinem Charakter nicht ins Politsystem gepasst hätte und damit wären die Ziele des Geldadels verfehlt worden, nämlich eine nutzlose Streiterei der Parteien. Denn nur durch ein Durcheinander beim Parteienstreit wird dem unwissenden Zuschauer suggeriert, seine Partei und seine Politiker machten es richtig und nicht die übrigen. Ein sehr schlaues und perfides Vorgehen, das man nur erkennen kann, wenn man sich die Mühe nimmt, hinter die Kulissen zu schauen.

Blocher gab auch zum Besten, dass er den Augiasstall von CVP-Bundesrätin Metzler ausmisten müsse und Bundesrat Arnold Koller habe als Bundesrat Beschwerden von Bürgern unterdrückt. Wenn deren Äusserungen auch stimmen, so haben Blocher und Koller etwas gemeinsam, sie sind beide Bilderberger. Und diese Verbindung ist um einiges stärker als die zu den verschiedenen politischen Parteien, weil diese lediglich ein (Theater-) Instrument sind.

⁴ http://www.nzz.ch/nachrichten/kultur/medien/immunitaet_fuer_saemtliche_staatsangestellten_1.3338553.html

⁵ „Antisemit ist, wer sich das Denken nicht verbieten lässt...!“ Aussage von Charlotte Knobloch – stv. Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Aus „Im Namen des Staates“, von Andreas von Bülow, Piper-Verlag, 636 S.

⁶ http://www.inz.ch/inz_pfd/8_Das_Magazin_28_08_2004.pdf

⁷ <http://www.sigi-feigel.ch/deutsch/erinnerung/klara-obermueller/>

⁸ Der B'nai B'rith ist eine jüdische Loge. Nach dem Historiker Wolfgang Eggert sei dieser Orden die Leit- und Kontrollinstanz der nichtjüdischen Freimaurerei über Schottische Hochgrad-Logen und den Grand Orient de France

⁹ <http://www.hagalil.com/archiv/2004/08/feigel.htm>

¹⁰ <http://www.nzz.ch/2006/10/04/il/newzzESVUOJ3G-12.html>

Bilderberger werden nicht mehr in Regierung gewählt

Guido Luternauer, SVP-Grossrat, Schenkou/LU schrieb: *„Herr Brunner soll den Beweis erbringen, wann jemals in der Schweiz oder in einem anderen Land der Welt ein Bilderberger abgewählt wurde vom Parlament.“*

Zuerst muss einmal klar gestellt werden, dass Blocher noch nicht Bilderberger war, als er Bundesrat war. Blocher wurde erst zu den Bilderbergern eingeladen, als er aus dem Bundesrat ausgetreten war. Zudem wurde Blocher nicht abgewählt, sondern er wurde nicht mehr gewählt. Das sind elementare Unterschiede, denn die Bundesräte haben keinen Anspruch darauf, wieder gewählt zu werden. Somit ist die Aussage von Lautenauer doppelt falsch, ein Bilderberger sei abgewählt worden.

Wie der Wahlmechanismus für die Regierungen in den verschiedenen Ländern funktioniert, ist dem Schreibenden nicht bekannt. Das ist für die gestellte Frage auch unerheblich, denn zuerst muss man sich einmal bewusst sein, über welche Macht dieses Netzwerk verfügt¹¹. Und dies ist Herrn Luternauer ganz und gar nicht klar, ansonsten er diese Frage überhaupt nicht stellen würde. Weiter sind für die Beurteilung die Charaktere der verschiedenen Politiker entscheidend, denn diese bestimmen weitgehend die Rolle im „Polit-Theater“, wie vorhin angezeigt.

Nur in wenigen Fällen werden aktive Politiker während ihrer Amtszeit zu den Tagungen eingeladen. Die US-Präsidenten waren noch nie dabei, jedoch wurden sie an diese Tagungen eingeladen, bevor sie zum Präsidenten gemacht wurden. Trotzdem sei darauf hingewiesen, dass der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, im Jahre 2005 im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt hatte und sie ihm nicht bestätigt worden war.¹² Margaret Thatcher erging es ähnlich. Sie wurde jedoch nie zu den Bilderbergern eingeladen, dafür wurde sie nachher in einschlägige Orden befördert. Beide mussten abtreten, weil der Geldadel mit ihrer Politik nicht mehr zufrieden war, weshalb die Mafia ihre versteckten Fäden zog.

Wer glaubt, dass bspw. der ehemalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme von einem geistig verwirrten Einzeltäter erschossen wurde, glaubt wohl immer noch, dass der Storch die neugeborenen Kinder bringe. Palme war nicht nur Bilderberger, sondern zugleich Mitglied des Komitees der 300. Auch wenn keine offiziellen Hinweise vorhanden sind, so muss angenommen werden, dass Palme wiederholt eine Vorschrift des Netzwerks missachtet hatte, weshalb er liquidiert werden musste, genau gleich wie der deutsche Aussenminister Walter Rathenau. Rathenau hat zwei "Fehler" begangen: Er hat das „Komitee der 300“ erstmals öffentlich erwähnt und er hat mit der Sowjetunion den Vertrag von Rapallo abgeschlossen, der nie in Kraft treten durfte. Da erging es dem Mitgründer der Bilderberger, Prinz Bernhard besser, indem er lediglich mit Schmiergeldern von Lockheed in Zusammenhang gebracht wurde. Auch hier stand das Netzwerk dahinter, obschon uns Profanen dazu jegliche Gründe fehlen.

Die Parteien

Guido Luternauer, SVP-Grossrat, Schenkou/LU schrieb: *„Wenn man aber bedenkt, dass mit Ausnahme von St.Gallen und Schwyz alle Kantonsparlamente sowie natürlich auch Bundesbern mittelinks regiert sind, wäre es vielleicht noch schlimmer, wenn Einfluss auf die Gerichte genommen werden könnte. ... Auch die Analyse der Parteien greift viel zu kurz. Themenbezogene Parteien wären ja absolut schwach, denken Sie nur an die Autopartei. Die wurde nur wahrgenommen wenn es ums Auto ging. Am besten aber sieht man es bei den Grünen, die beim Volk nur beim Thema Umwelt eine gewisse Glaubwürdigkeit geniessen. Ganz anders die SVP, seien es Wirtschaftsfragen, Aussen-, Verteidigung- oder neu auch bei Bildungsfragen geniesst diese Partei grosse Glaubwürdigkeit. Je nach Thema wechseln dann halt die Akteure. Herr Brunner soll bitte erklären, wie ich als Wähler vorgehen müsste, ich könnte ja gar keine Partei mehr wählen wenn sich diese nur noch themenbezogen, also sehr uniform einsetzen würden. Dass Herr Brunners Analyse nicht stimmt, sieht man an den Grünliberalen, die sich sofort etabliert haben, weil sie eben nicht nur themenbezogen politisieren. ... Ueli Maurer vorzuwerfen, er habe stramme Parteisoldaten gefordert ist gelinde gesagt ein totaler Quatsch. So war es nämlich gerade Ueli Maurer, der in seiner Zeit als Präsident immer und immer wieder gefordert hat, dass innerparteilich in den Kernfragen eine grosse Einigkeit anzustreben sei und genau dies war letztlich das Geheimrezept des grossen Erfolges. ... In diesem Sinne ist die Äusserung von strammen Parteisoldaten einleuchtend.“*

¹¹ Beispielsweise: http://www.brunner-architekt.ch/politik/daten/Diverse_Themen/ingang_in_Ewigen_Orient.pdf

¹² http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Schr%C3%B6der#Zweites_Kabinett

Nach Luternauer kann also nur in den mitte-links regierten Kantonen die Willkür gross sein und in den rechts regierten Kantonen St. Gallen und Schwyz nicht. Der Zufall will es ausgerechnet, dass die systematisch organisierte Behördenwillkür im rechts regierten Kanton St. Gallen nachgewiesen wurde, also Verbrechen in den höchsten Staatsorganen begangen wurden und immer noch werden. Obschon Grossrat Luternauer den Artikel gelesen hat, hat er den Inhalt und die Zusammenhänge nicht verstanden.

Immerhin hat Grossrat Luternauer erkannt, dass er ja gar keine Partei mehr wählen könnte, wenn diese nur noch themenbezogen agieren würden. Politik betreiben jedoch immer noch Personen und nicht Parteien, denn letztere werden wiederum durch Personen repräsentiert. Wenn man nun die Parteien instrumentalisiert, so sind sie nichts anderes als ein Mittel, die Politik all jener zu steuern, die die Geschichte und deren Hintergründe nicht kennen, also genau so wie es der Geldadel haben will.

Wenn wir uns aus dem Würgegriff des Geldadels und seinem weit verzweigten Netzwerk befreien können, benötigen wir weder Parteien noch Religionen, weil wir uns ab diesem Zeitpunkt auf den Kern des Lebens konzentrieren können und nicht mehr auf eine menschenverachtende und umweltvernichtende Wirtschaft, die die Politik laufend fördert, sondern auf diejenigen Themen, die seit Jahrtausenden unterdrückt werden. Dann müssen wir uns nicht mehr über die politische Klimahysterie mit deren vielseitigen schädlichen Auswüchsen, die insolventen Pensionskassen, die marode Armee, die Finanzkrisen, den Zins mit all seinen Folgen, die Minarett-Initiativen etc. beschäftigen, weil diese Themen lediglich Mittel zum Zweck des Geldadels sind, ihr Ziel, die Weltherrschaft zu erreichen. Dann wird es auch genügen, wenn wir nur noch die Hälfte unserer heutigen Arbeitszeit arbeiten und es wird uns viel besser ergehen wie heute.¹³

Grossrat Luternauer verkennt, dass die Autopartei, die Grünen oder Grünliberalen etc. keine themenbezogenen Parteien sind, denn diese nehmen wie die alten Parteien zu allen Sachfragen Stellung, weshalb sie ebenfalls Universalparteien sind. Zudem sind diese Parteien im Rahmen der erzwungenen Energiekrise auch vom Geldadel über instrumentalisierte Stiftungen etc. errichtet worden.¹⁴

Eine richtige themenbezogene Partei ist jene, die sich nur einem politischen Thema zu einer Vorlage oder Abstimmung annimmt. Somit sind die Personen, ob Politiker oder Wähler gezwungen, sich für jede Vorlage ihre Partei zu suchen. Das kann zur Folge haben, dass die verschiedenen Personen im Verlaufe des Studiums der Materie zur Überzeugung kommen, dass ihre bisherige Meinung nicht die richtige ist, weshalb sie gezwungen werden, die Partei zu wechseln. Da diese Partei nur dieses Sachthema betrifft, stellt das ja auch kein Problem dar und zudem entspricht dieser Vorgang einer freien Meinungsbildung, anstatt in einer Universalpartei gesellschaftlich zu einer Meinung genötigt zu werden, ansonsten die Abweichler als Nestbeschmutzer gebrandmarkt werden. Das führt genau zu jenen Parteisolddaten, die Maurer in der SVP gefordert hatte, damit die Parolen der Parteistrategen und damit des Geldadels durchgeboxt werden können, denn nur so kann ihr Ziel erreicht werden. **Erst die Dezentralisierung der Macht aus den Händen der Parteien ergibt eine freie Gesellschaft.**

Unsere Politik auf allen Stufen ist jedoch nicht auf themenbezogene Parteien ausgerichtet, sondern auf Universalparteien. Das ist nicht erstaunlich, wenn man weiss, wer den Bundesstaat von 1848 gezimmert hat, eben wiederum der Geldadel, hauptsächlich vertreten durch seine politischen Organisationen der Illuminaten und der Freimaurerei sowie der religiösen Orden.

Im Moment müssen wir also mit dieser Situation leben. Das heisst umso mehr, dass wir Leute in die Politik wählen, die die Geschichte samt deren Hintergrund kennen und das nicht nur in allgemeiner Geschichte, sondern auch auf den verschiedenen Gebieten und Themen wie der Wissenschaft, der Energie, der Medizin, der Ernährung, des Rechts, des Geldes etc. Zudem müssen sie in der Lage sein, Texte richtig zu lesen und nicht dazu zu dichten oder gar eindeutige Sachverhalte in Frage zu stellen, wie wir es vorliegend sehen. Darüber hinaus müssen sie Führungseigenschaften besitzen, um dem Polittheater besser entgegen zu steu-

¹³ Viele werden ab dieser Äusserung den Kopf schütteln, doch sei ihnen gesagt, dass gemäss Schätzungen von Fachleuten der Zins im ökonomischen Mittel 30 bis 40 Prozent unserer Arbeitsleistung erfordert, Tendenz exponentiell steigend. Einzelne Schätzungen gehen sogar bis zu 50 Prozent. Wenn Sie nun alle andern Einflüsse, insbesondere im Bereich der Energie und der Gesundheit sowie der gesamten institutionellen Korruption mit einrechnen, so erreicht man mehr als 50 Prozent unserer Arbeitsleistung, die wir einsparen könnten. Aber scheinbar sind unsere Mitgenossen nicht bereit, diese Vision anzupacken. Viel lieber rackern sie sich in ihrem Hamsterrad zu Tode.

¹⁴ Mit der Ölwanne zur Weltmacht, von William Engdahl, Kopp Verlag Rottenburg, 2006, ISBN 3-938516-19-4

ern. Das aber bedingt bereits zuvor, dass diese Leute die tatsächliche Politik verstehen und sie ihren Mitbürgern erklären können, denn nur so werden wir eine Basis bilden können, das Netzwerk zu beseitigen. Diese Politikerinnen und Politiker hat der Schreiber bis heute noch nicht gesehen. Es ist also an der Zeit, dass alle diese unfähigen Elemente zurücktreten und den fähigen Platz machen. Somit ergibt es sich eben, dass wir nicht Parteien wählen müssen, sondern Personen, die sich zudem gegenüber den Universalparteien emanzipieren müssen. Das stupide Links-Rechts-Schema muss endlich ein Ende nehmen. So ist es unerheblich, ob nun jemand in die SP oder in die SVP oder eine andere Partei gewählt wird. Entscheidend ist, dass sie die Geschichte kennen und die Politik erklären können. Und schlussendlich dürfen sie keiner dem Geldadel untergeordneten Organisation angehören und müssen eine Politik für die Bürger vertreten anstatt für den Geldadel.

Schlüer in einer Geheimorganisation

Anian Liebrand, SVP-Jungpolitiker, Beromünster/LU schrieb: *„Vieles, was Herr Brunner sagt, ist korrekt und durchdacht. Er soll mir jedoch bitte den Beweis erbringen, was ein Ueli Schlüer mit irgendwelchen Geheimgesellschaften zu tun haben sollte. Wenn er die Quelle nicht eindeutig nachweisen kann, ist es eine unhaltbare Anschuldigung. Es ist dann völlig daneben, sowas zu verbreiten.“*

Schlüers Mitgliedschaft bei Rotary wurde erwähnt und die Rolle der Serviceclubs erklärt. Eine Mitgliedschaft bei der GSI wurde bewusst offen gelassen. Daraus zu behaupten, Schlüer habe mit irgendwelchen Geheimgesellschaften zu tun, ist an den Haaren herbei gezogen und wurde nicht beschrieben.

Etwas anderes ist es jedoch, wenn er wiederholt die zweifelhafte Politik des Geldadels betreibt und die Bevölkerung veräppelt, indem er sie um ihre Rechte bringt. Dann muss sich die Bevölkerung fragen, wem er „gehört“. Aufgrund seines Handelns steht fest, dass er sicherlich nicht seiner Wählerschaft gehört. Ob er einer Geheimgesellschaft angehört, ist dabei völlig nebensächlich. Man kann dem Geldadel auch hörig sein, wenn man nicht Mitglied einer Geheimorganisation ist, beispielsweise aus religiösen Gründen oder weil die Korruption einem erpressbar gemacht hat. Welches bei Schlüer die Gründe sind, spielt im Moment keine Rolle, weil dies innert nützlicher Frist nicht geklärt werden kann und es unter dem gegenwärtigen Regime keine Konsequenzen zeitigen würde. Sicher ist auf alle Fälle, dass er wie viele weitere nicht wählbar ist.

Es zeigt sich eben einmal mehr, dass sich die Gleichgesinnten der Parteien allzu gerne in Schutz nehmen. Der SVP-Jungpolitiker Liebrand war Komiteepäsident für die Minarett-Initiative im Kanton Luzern.¹⁵ Das Inschutznehmen von Parteiangehörigen ist ein Problem der Universalparteien und des stupiden Links-Rechts-Schemas, um sich von der „Konkurrenz“ zu distanzieren, die eigentlich keine ist, sondern nur vom Geldadel künstlich geschaffen wurde.

Ernst Stocker als Freimaurer

Ein Nicht-Politiker schrieb: *„Ausgezeichneter Artikel. Wobei ich anfügen muss, dass die einzige Nennung von Ernst Stocker an einem Freimaurer-Treffen für mich persönlich z.B. noch nicht genügt, um zu zeigen, dass er dort auch Mitglied ist. ...“*

Die Bezeichnung Freimaurer wird im allgemeinen Gebrauch auch für Mitglieder freimaurerähnlicher Organisationen verwendet. Rein formell trifft dann diese Bezeichnung nicht zu, weil es sich nicht mehr um Freimaurer im eigentlichen Sinne handelt, obschon Riten, Zeichen und Symbole mehr oder weniger ähnlich sind.¹⁶ So werden beispielsweise die Illuminaten im allgemeinen Gebrauch ebenfalls als Freimaurer bezeichnet, obschon sie hierarchisch über ihnen stehen. Die Abgrenzung dazu ist allerdings schwierig, weil dazu keine verlässlichen Informationen vorliegen, da dies geheim gehalten wird, um die wahren Absichten dieser Organisationen zu verschleiern.

Die Mitglieder der Freimaurerei tragen in ihren Tempeln bzw. Logen einen Schurz. Nun gibt es aber auch Sympathisanten der Freimaurer, die deren Wirken unterstützen und zudem öffentliche Veranstaltungen der Freimaurer besuchen. Diese Sympathisanten tragen keinen Schurz, weil sie nicht Mitglied einer Loge sind. Aus diesem Grund nennt man diese Sympathisanten „Freimaurer ohne Schurz“. Im genannten Artikel wurde bewusst offen gelassen, ob Stocker Mitglied (mit Schurz) oder bloss Sympathisant (ohne Schurz) sei.

¹⁵ http://www.minarette.lu/index.php?option=com_content&view=article&id=2&Itemid=5

¹⁶ Die Freimaurerei vor Gericht - Neue Tatsachen über Weltfreimaurerei, deutsch-christliche Orden und geheime Hochgrade, von Rechtsanwalt Robert Schneider: http://www.brunner-architekt.ch/politik/daten/Literatur/E_Books/schneider_die_freimaurerei_vor_gericht.pdf

Zusammenfassung

Aus den verschiedenen Reaktionen und Kommentaren lässt sich ableiten, wie wir der teuflischen Spirale des kriminellen Netzwerks entrinnen können. Nachstehend ein erster Leitfaden.

Anforderungen an die Politikerinnen und Politiker

Schlüssel zum Erfolg sind unsere künftigen Politikerinnen und Politiker. Deshalb haben sie Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen, die nachstehenden skizziert sind und die sie als Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkämpfen, aber nachher auch täglich unter Beweis zu stellen haben:

1. Sie müssen die wesentlichen Zusammenhänge der tatsächlichen Geschichte kennen, die uns in der Schule vorenthalten werden und auf welche Motive sie zurückzuführen sind, sowie welche Ziele erreicht werden sollen. Dazu gehören drei Hauptbereiche:
 - Zu der tatsächlichen Geschichte gehört nicht nur die allgemeine und politische, sondern auch jene der diversen Gebiete, wie der Wissenschaften, der Religion, des Rechts etc. Auch in diesen Bereichen müssen unsere künftigen Politikerinnen und Politiker Sachkenntnisse mitbringen und, wenn diese nicht vollständig vorhanden sind, auch dazu stehen und gewillt sein, sich die fehlenden Kenntnisse anzueignen. Ihnen müssen aber auch Alternativen zur offiziellen Doktrin bekannt sein.
 - Vor allem sind die Kenntnisse rund um das Geld, die Geldschöpfung sowie die Problematik des Zins und Zinseszinses von wesentlicher Bedeutung, denn sie sind das Hauptübel unserer Umweltzerstörung und die Triebfeder der wirtschaftlichen Globalisierung. Dazu gehört selbstverständlich auch die Ökonomie, um die Folgen von finanzpolitischen Entscheiden beurteilen zu können.
 - Als wesentliches Element müssen sie den staatspolitischen Führungsmechanismus der Demokratie im Zusammenhang mit den übrigen Staatsorganen verstehen und zudem persönliche Führungseigenschaften mitbringen und entschlossen sein, diese Korruption mit Stumpf und Stiel auszurotten.
2. Sie müssen gewillt sein, diese und weitere Themen an ihren Wahlveranstaltungen öffentlich zu besprechen und diese im Rat lagegerecht einzubringen. Ebenfalls haben sie die Pflicht, die entsprechenden Vorlagen den Wählenden auch aus geschichtlicher Sicht zu erklären.
3. Sie haben ihre Identität zu veröffentlichen, indem sie alle Verbindungen zu Vereinen, Clubs und Verbänden, insbesondere auch religiösen etc. vollständig offen legen, auch jene aus denen sie ausgetreten sind. Sie geben bekannt, dass sie bisher keine Vorteilsgewöhnung entgegengenommen haben und deshalb, sowie aus ev. andern Gründen allenfalls nicht erpresst werden können.

Unterwerfen sich die Kandidatinnen und Kandidaten bzw. die Politikerinnen und Politiker diesen Forderungen nicht, so sind sie ab sofort nicht mehr wählbar, weil sie mit ihrem Verhalten weiterhin den Geldadel mit seinem Netzwerk unterstützen.

Die Anforderungen an die Wählenden sind sinngemäss gleich, denn nicht nur die Politiker müssen die geschichtlichen Hintergründe kennen, sondern erst recht das Volk, denn nur so ist es politisch mündig. Das bedingt eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik. Je nach Neigung und persönlich vorhandenen Ressourcen kann das im Studium oder bloss in der Diskussion am Stammtisch erfolgen. Wichtig ist jedoch, dass diese Themen in der breiten Öffentlichkeit besprochen werden.

Erste Handlungen gegen das Netzwerk

Was Politiker bereits heute tun könnten, aber leider nicht tun:

1. In allen Kantonen (mit Ausnahme in ZH und SH) sowie im Bund müssen die Protokolle der verschiedenen Kommissionen, insbesondere der Justizkommissionen, wie gemäss Gesetz vorgesehen, jedermann zugänglich und einsehbar sein. Das müssen sie zwingend an die Hand nehmen, um die Vorgänge zu überprüfen.
2. Liegen die Protokolle vor, müssen sie ausgewertet werden. Notfalls müssen die Gerichte auf politischem Wege gezwungen werden, bessere Angaben zu den Berichten zu liefern. Ein ganz wichtiger Punkt ist dabei die Oberaufsicht im Bereich des Schuldbetreibungs- und Konkurswesens. Je nach Ergebnis wird es unterschiedlichen Handlungsbedarf geben.

3. In den Kantonen muss die Oberaufsicht der Bürgerversammlung über die Gemeindeverwaltungen rechtlich recherchiert und dafür gesorgt werden, dass diese wieder ein effizientes Mittel gegen die Willkür und Korruption erhalten. Das ist ebenfalls Sache der kantonalen Politik.

Erst wenn diese Grundlagen in den Kantonen bzw. im Bund vorbereitet worden sind, können die weiteren Schritte erfolgen. Es gilt heute bereits als sicher, dass sich Regierung und Gerichte sowie aber auch das Parlament dagegen zur Wehr setzen werden und sie, das kriminelle Netzwerk, alle Mittel ergreifen werden, dass diese Vorhaben nicht umgesetzt werden können. Daher ist es erforderlich, dass die entsprechenden Aktivitäten genau vorbereitet und koordiniert werden. Wichtig ist dabei nicht zu vergessen, dass die gesamte erlauchte Juristengemeinde dieser vorgesehenen Änderung der Rechtsordnung entgegenstehen wird. Wenn einer breiten Öffentlichkeit bekannt wird, dass sie dem Geldadel huldigt, würde sie ihr Renommee vollständig verlieren. Das wäre der absolute GAU für diese Branche.

Aufgrund des Verhaltens der jeweiligen Politikerinnen und Politiker ergibt sich für die Zuschauer, bzw. die Wählenden, wer bei der nächsten Wahl noch gewählt werden darf. All jene, die sich, aus welchen Gründen auch immer weigern, das skizzierte Vorgehen zu unterstützen, dürfen nicht mehr gewählt werden, weil sie nicht die Bevölkerung vertreten, sondern den Geldadel. Zu diesem Zweck sind diese Handlungen genau zu rapportieren. Fordern Sie daher alle Ihnen bekannten Politikerinnen und Politiker auf, die genannten Handlungen anzupacken. Dann werden Sie Spreu und Weizen teilen können.

Ausblick

Wie in den «Resonanzen zum Artikel 'Hintergründe zur Minarett-Initiative'» vor der Abstimmung beschrieben, ist das prophezeite Ereignis eingetreten, indem weltweit ein Sturm der Entrüstung durch den internationalen Blätterwald wehte. Wie bereits im ersten Einführungsartikel über die Personenfreizügigkeit erklärt, geht es darum, die Vereinigten Staaten der Welt zu erschaffen. Dazu ist es aber erforderlich, dass sämtliche rechtlichen nationalen Eigenheiten aufgegeben werden, um sich der hegemonialen Rechtsdoktrin zu unterwerfen.

Mit der Minarett-Initiative wird das in aller Öffentlichkeit praktiziert, indem die Initiative als *Pièce de résistance* einer abgeschafften Demokratie ab *ad surdum* geführt wird, ohne dass es die Bevölkerung bemerkt. Dass es zu diesem medialen Unheil gekommen ist, ergibt sich bereits aus der Botschaft des Bundesrats: „... Eine entsprechende Prüfung insbesondere mit Blick auf unabänderliche Bestimmungen in den wichtigsten Menschenrechtspakten (EMRK, UNO-Pakt II) zeigt, dass die Initiative kein zwingendes Völkerrecht verletzt und deshalb gültig ist. Die Initiative verstösst allerdings klar gegen eine Reihe international garantierter Menschenrechte, so gegen die Artikel 9 (Religions- und Weltanschauungsfreiheit) und 14 (Diskriminierungsverbot) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie gegen die Artikel 2 (Diskriminierungsverbot) und 18 (Religions- und Weltanschauungsfreiheit) sowie möglicherweise auch Artikel 27 (Minderheitenschutz) des UNO-Paktes über die bürgerlichen und politischen Rechte (UNO-Pakt II). Der absolute und ausnahmslos formulierte Initiativtext lässt eine völkerrechtskonforme Auslegung kaum zu, sodass die Verfassungsbestimmung, sollte sie in Kraft treten, mit den genannten Menschenrechtspakten kollidieren würde. ...“ Und aus diesem medialen Unheil sind bereits die ersten rechtlichen und politischen Ideen präsentiert worden, die nun vom System umgesetzt werden müssen. Das Resultat kann heute schon abgeschätzt werden.

So fordert SP-Bundesrat Moritz Leuenberger, der mit der CO₂-Steuer den grössten Betrug der Gegenwart zugunsten des Geldadels eingefädelt hat, «Wir sollten das nächste Mal solche Initiativen ungültig erklären». Also haben wir bereits die politische Botschaft vernommen, dass es künftig keine Initiativen mehr geben darf. Und die Vereinten Nationen, sie gehören dem Geldadel, untersuchen bereits, ob das vom Schweizer Stimmvolk verabschiedete Minarett-Verbot mit internationalem Recht vereinbar ist.

Der «Club Helvétique», eine Vereinigung von 26 Intellektuellen¹⁷, die dem Geldadel hörig sind, will – womöglich auf direkt-demokratischem Weg – gegen das Minarettverbot mobil machen.^{18 19} So fordern die beiden Staatsrecht-Professoren Jörg Paul Müller und Daniel Thürer stellvertretend die „Toleranz-Initiative“.

¹⁷ <http://www.clubhelvetique.ch/warum/frameworkD.htm> und <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17214.php>

¹⁸ http://www.clubhelvetique.ch/pdf-dokumente/CH_09-12-20_Bieler_Erklaerung.pdf

¹⁹ <http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2009/nr5051-vom-22122009/operation-schweiz/> im Zusammenhang mit <http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2009/nr5051-vom-22122009/die-technik-des-staatsstreichs-operation-regimewechsel/>

Sie wollen (bzw. der Geldadel will) nach eigenen Aussagen nicht darauf warten, was Gerichte und dereinst vielleicht der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zum Minarettverbot sagen. Und der St. Galler Tausendsassa, Staatsrechtsprofessor Rainer Schweizer ignoriert den Volksentscheid und zeigt, welche Möglichkeiten die Muslime haben, um trotz Verbot Minarette zu bauen, nämlich, indem sie die Bauentscheide auf dem Rechtsweg an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weiter ziehen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der die institutionelle Justizwillkür in der Schweiz²⁰ schützt und sich somit einmal mehr als Handlanger des Geldadels entlarvt hat, hat bereits entschieden, dass das Aufhängen von Kruzifixen in Schulzimmern verboten ist. Geht es nach dem Willen des Geldadels, so muss das Minarett-Verbot ausgehebelt werden, denn nur so kann das Mittel der Initiative nachhaltig geschwächt werden. So wird es gegensätzliche Entscheide geben, die niemand mehr versteht, womit der Willkür erst recht Tür und Tor geöffnet wird, was bestätigt, wie willkürlich das Recht zurechtgestutzt wird, um die Ziele des Geldadels zu erreichen. Das erzeugt Chaos, doch dieses ist gewünscht, denn daraus können die Behörden wieder „Kapital“ schöpfen für den Krieg gegen den Terrorismus. Aus diesem Grund konnte Bundesrätin Calmy-Rey behaupten, das „Minarett-Verbot «gefährdet unsere Sicherheit»“.

'Der Sieg bei der Minarett-Initiative verleiht der SVP-Fraktion Flügel', so will die SVP notfalls die Menschenrechts-Konvention kündigen, sollte das Minarettverbot bei einer Klage vom Menschenrechts-Gerichtshof in Strassburg annulliert werden. Und der Bilderberger und SVP-Strategie Blocher²⁰ beschwichtigt ausnahmsweise, «Immer diese Angst vor dem Ausland»! Es ist typisch: Die Brandstifter spielen wieder Feuerwehr!

In dieses Hickhack passt die Meldung der Fehlprognose bestens, dass das Meinungsforschungsinstitut im Vorfeld der Abstimmung den Ja-Anteil mit 37 Prozent falsch erhoben hatte. „Gezählt“ wurden 57 Prozent Ja-Stimmen. Nun kann man behaupten, dass dies tatsächlich eine zufällige Fehlprognose gewesen ist. Aber man kann auch anderer Meinung sein, zum Beispiel, dass die Stimmzettel wieder nicht korrekt ausgezählt wurden, so wie es beispielweise bei der Abstimmung über die Biometrischen Pässe und über die UNO-Abstimmung der Fall war. Aus diesem Grund wurden damals die Beschwerden vom System kostenpflichtig abgewiesen.

Übrigens ist das islamische Minarett wie auch der christliche Kirchturm nichts anderes als ein Zeichen der Macht, des Geldadels. Der Unterschied ist bloss, dass der eine 1000 Jahre vorher in die Gegend gesetzt wurde, die Machthaber im Hintergrund sind die gleichen geblieben. Bereits der Revolutionär Mazzini hatte gesagt, der Mensch hat Gott²¹ erschaffen und nicht umgekehrt. Mythologische und religiöse Vorstellungen und Rituale spielten schon immer eine wesentliche Rolle, wenn es um Machtansprüche und Machterhaltung ging. So ist die griechische Mythologie nicht eine Ansammlung von hunderten Mythen, Sagen und Geschichten, sondern muss als einziger gigantischer mythologisch-religiös-literarischer aufgefasst werden. Dieser Komplex hatte Auswirkungen auf Europas Kultur und Geschichte sowie seine Herrscherhäuser²². Letztere sind ausnahmslos alle im Komitee der 300 vertreten.²³ Schlussendlich können wir, sofern wir den Masterplan²⁴ kennen, feststellen, dass alle diese Vorgänge lediglich ein Teil der vorgesehenen Veränderungen des Geldadels, bzw. der Gottheit, wie sie sich selbst nennt, sind.

* * * * *

Ob es uns, dem Volk gelingt, die Herrschaft über den Staat zu übernehmen und das kriminelle Netzwerk vom Staat fern zu halten, ja zu zerschlagen, ist nicht eine Frage der bestehenden Parteien, sondern ausschliesslich eine Frage der Ausbildung und damit schlussendlich eine Frage des Engagement jedes Einzelnen. Wir haben es jederzeit in der Hand, diese Fremdherrschaft abzuwerfen, sofern wir dazu bereit sind. Packen wir es an, bevor es ganz zu spät ist!

²⁰ Bundesrat Kurt Furgler, Mitglied der Bilderberger und Ehrenmitglied des Club of Rome, haben wir es zu verdanken, dass wir seit dem Jahre 1974 unter dem Diktat der EMRK leben.

²¹ Nach Herkunftswörterbuch Duden: Gott: Am ehesten handelt es sich bei dem Wort um das substantivierte zweite Partizip idg. *ghutó-m der Verbalwurzel *ǵhau- »[an]rufen«. Siehe auch unter Wikipedia und Wiktionary. Vergleiche dies mit dem Buch: „Sendetechnik der Götter“ von Konstantin Meyl, Indel, 2004, 180 S. ISBN 3980254259
Vorwort und Einführung zum Buch: http://www.k-meyl.de/go/index.php?dir=30_Buecher&page=10&sublevel=2

²² Gesamtgenealogie der Götter und Heroen der griechischen Mythologie, von Dieter Macek, http://www.vorarlberg.at/VLB/vlbdoc/dieter_macek.pdf

²³ Das Komitee der 300, von Dr. John Coleman, Michaels-Verlag, Seite 235

²⁴ http://www.brunner-architekt.ch/politik/daten/literatur/zusammenfassungen_vortraege/masterplan_aussage_eines_zeugen.pdf